

# Aufsätze und Miszellen

Vojtěch Mencl (Prag)

## Die Unterdrückung des "Prager Frühlings" im Lichte der neuesten Archivforschungen

### Untersuchung der Geschichte des "Prager Frühlings" und ihre Ergebnisse

Unmittelbar nach der "samtenen" Revolution im November 1989, die in ihrer ersten Phase in vieler Hinsicht an den "Prager Frühling" anknüpfte, entstand in der Tschechoslowakei weiterhin das Bedürfnis, die Geschichte dieses Versuchs einer demokratischen Reform kennenzulernen. Zu der Zeit nahm die tschechoslowakische föderale Regierung auch die Verhandlungen über den beschleunigten Abzug der sowjetischen Einheiten von tschechoslowakischem Territorium auf; die Frage der durch ihr Kommen und ihren Aufenthalt entstandenen materiellen Schäden wurde behandelt. Fragen der moralischen und rechtlichen Verantwortung derer, die das System der zwanzig Jahre andauernden "Normalisierung" schufen, kamen auf die Tagesordnung. Die Regierung, in der damals noch Dissidentenkreise um V. Havel und A. Dubček vorherrschten, brauchte daher auf diesem Gebiet umfassende Informationen und beschloß bereits zur Jahreswende 1989/90, eine Gruppe von Gesellschaftswissenschaftlern einzusetzen, die eine ausführliche und fundierte Antwort auf die genannten Fragen geben sollte. Nach einer relativ kurzen, durch die Verfahrensweise der Legislative verursachten Verzögerung wurde durch Regierungsbeschluß Nr. 100/90 vom 14.2.1990 die *Kommission der föderalen Regierung für die Analyse der Ereignisse der Jahre 1967/1970* ins Leben gerufen. (Im folgenden nur "Kommission".)

Der Regierungsbeschluß stattete sie mit weitreichenden Vollmachten aus. Sie hatte - ungeachtet der dreißigjährigen gesetzlichen Schutzfrist - Zugang zu allen Archivfonds der staatlichen Organe aller Ebenen und das Recht, ohne Berücksichtigung der jeweiligen Geheimhaltungsstufe Kopien von allen Dokumenten anzufertigen, die sie für wichtig erachtete. Sie hatte ebenfalls das Recht, jeden Bürger des Staates zur Zeugenaussage oder zur Klärung von Vorfällen vorzuladen, sich aus den gesammelten Informationen ein Sekundärarchiv anzulegen sowie im Auftrag der Regierung und in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium auch über Zugang zu ausländischen Archiven zu verhandeln.

Die Kommission erhielt technische und finanzielle Mittel aus dem Haushalt der ČSAV (Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften. - d.Ü.) (ca. 3,2 Mio. HČS). Es wurde eine Frist von zwei Jahren festgesetzt, nach der sie der Regierung einen Bericht über die Er-

gebnisse ihrer Arbeit vorlegen sollte. Zwanzig Kommissionsmitglieder wurden ernannt, der Vorsitzende (V. Mencl) und der stellvertretende Vorsitzende (J. Jablonický), der zugleich Vorsitzender einer analogen, von der Regierung der Slowakischen Republik eingesetzten Kommission war. Die Kommission erarbeitete einen Arbeitsplan, den der Ministerpräsident bestätigte, und erhielt den Status eines selbständigen Instituts im Rahmen der AdW, was ihr ermöglichte, die umfangreiche technische Ausstattung der Akademie zu nutzen.

So entstand die Möglichkeit, eine weitreichende und komplexe Forschung vorzunehmen, die nach dem Auftrag der Regierung "allseitig und objektiv Aufschluß über die Entwicklung der Ereignisse der Jahre 1967/1970" geben sollte. Um die Forschung in einer so breiten Dimension zu gewährleisten, mußten mehrere Forscherteams der Kommission gebildet werden, denen nicht nur Historiker, sondern auch Wirtschaftswissenschaftler, Soziologen, Juristen u. a. angehörten. So entstand das Projekt einer *komplexen interdisziplinären gesellschaftswissenschaftlichen Forschung*, das in der Tschechoslowakei - und, soviel ich weiß, auch in ganz Mitteleuropa - einzigartig ist.<sup>1</sup> Für ihre Arbeit benannte die Kommission eine Reihe von Forscherteams, in denen sowohl ihre Mitglieder sowie zeitweilig beurlaubte Mitarbeiter von anderen Instituten der AdW, von Fakultäten der Karls-Universität und weiteren Stellen arbeiteten. Aus zusätzlichen Mitteln, die die Regierung der Tschechischen Republik bereitstellte, richtete die Kommission ein Netz von Beauftragten in 56 Kreisen der Tschechischen Republik ein, die konkrete Aufgaben im Zusammenhang mit der Erforschung der Kreisarchive und der Arbeit mit Zeitzeugen erhielten.

Der Zwei-Jahres-Plan gliederte das Gesamtobjekt in mehrere Etappen. Die erste bestand aus der Archivforschung und ihrer Ergänzung sowie dem Vergleich von Zeugenaussagen. Für jedes zentrale Archiv wurde eine Forschergruppe gebildet, die die Untersuchung vornahm, auswählte, wertete und die notwendigen Kopien anfertigen ließ. Hierbei handelte es sich vor allem um das Staatsarchiv der ČSSR, das Archiv des ZK der KPČ, das Archiv der Nationalversammlung, das Archiv des Präsidiums der Regierung der ČSSR, das Archiv des Ministeriums für Nationale Verteidigung und des Generalstabs, das Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, das Archiv des Ministeriums des Innern der ČSSR und der ČSR, das Zentralarchiv der Gewerkschaften und des ČSM (tschechoslowakischer Jugendverband - d.Ü.), die Archive des Tschechoslowakischen Rundfunks, des Tschechoslowakischen Fernsehens, des Tschechoslowakischen Films, des tschechischen und des slowakischen Ministeriums für Kultur. Aus allen Archiven ließen die Mitglieder der Kommission Kopien der wichtigsten Dokumente im Umfang von etwa 136 000 Seiten anfertigen, die nach fachlichen Stichworten, Namen und Zeitangaben durchgängig dokumentarisch geordnet wurden.

---

1 Eine gewisse Analogie könnte die sog. "Barnabit-Kommission" darstellen, die von Juni 1963 bis Dezember 1963 die des sog. bürgerlichen Nationalismus beschuldigten slowakischen Politiker einer Prüfung unterzog; ferner die sog. "Piller-Kommission", die 1968 die Verfolgungen Anfang der fünfziger Jahre untersuchte. Die Ergebnisse ihrer Arbeiten wurden jedoch in der Tschechoslowakei nicht veröffentlicht. (Das geschah erst 1970 im Ausland, s.: Der unterdrückte Bericht. Bericht der Kommission des ZK der KPČ über politische Prozesse und Rehabilitierungen in der Tschechoslowakei in den Jahren 1949-1960, Wien 1970.) Beide genannte Kommissionen waren jedoch thematisch nur auf Fragen der Politik der KPČ und der Rehabilitierung orientiert. Andere Aspekte blieben unberücksichtigt.

Die Wissenschaftlergruppen, die in den Archiven arbeiteten, stellten jedoch auch Informations- oder Eintragungslücken in ihren Fonds fest und gaben zwei anderen Arbeitsgruppen der Kommission, die Zuarbeit leisteten und Zeugen anhörten, entsprechende Hinweise. Von diesen Gruppen erhielten sie Informationen, die die Lücken in den Archivfonds schlossen. Die Aussagen wurden auf Tonband aufgezeichnet und nach dem Abschreiben verifiziert. So entstand eine Sammlung von 267 Gesprächen (4807 Seiten), in der die Aussagen nicht nur von bedeutenden Repräsentanten fixiert sind, sondern auch von Augenzeugen wichtiger Ereignisse jener Zeit. Sehr förderlich waren die Zeugenaussagen von A. Dubček<sup>2</sup>, O. Černík, Z. Mlynář, B. Šimon, B. Špaček, C. Císař, L. Štrougal u.a. Einige Vertreter der "Normalisierungspolitik" kamen jedoch nicht zu den Gesprächen oder stimmten der Verifizierung der aufgenommenen Gespräche nicht zu. Da jedoch gegen die meisten von ihnen auch die Staatsanwaltschaft ermittelte, wurden viele Fragen der Kommission in diesem Rahmen beantwortet.

Die Ereignisse des "Prager Frühlings" waren freilich nicht nur eine tschechoslowakische Angelegenheit, denn die wesentlichen Entscheidungen fielen schließlich in der Führung der fünf Interventionsländer (UdSSR, Polen, DDR, Ungarn, Bulgarien). Von dort die notwendigen Dokumente zu erhalten, war jedoch sehr schwierig. Die Kommission knüpfte deshalb Kontakte zu einer Reihe ausländischer Wissenschaftler an (in Deutschland zu M. Wilke, L. Prieß, U. Clauder, R. Wencke, D. Eckert u.a., in der UdSSR zu J. Wolkow, A. Tschubarjan, I. Pop, M. Latysch, L. Schinkarjow sowie analog zu polnischen, ungarischen und bulgarischen Historikern). Es gelang der Kommission erstmalig, die Zustimmung zu Studien in den Archiven der SED und der Stasi zu erhalten. Die wichtigsten Zeugenaussagen enthielten jedoch die sowjetischen Archive, die damals auch russischen Forschern nicht zugänglich waren. Erst der ständige starke Druck des tschechoslowakischen Botschafters R. Slánský in Moskau und endlich die direkte Bitte, die Präsident V. Havel bei den Gesprächen im Sommer 1992 B. Jelzin gegenüber aussprach, eröffneten der Kommission die Möglichkeit, 5422 Seiten der entscheidenden Dokumente nicht nur aus den Archiven des ZK der KPdSU, sondern vor allem aus dem Sonderfonds, aus der Kanzlei des Generalsekretärs zu erhalten. Diese Forschung war jedoch erst 1992 durchführbar, als die Arbeit der Kommission vor dem Abschluß stand. Das war auch der Grund, warum die Regierung beschloß, die Tätigkeit der Kommission bis Ende 1992 zu verlängern.

In dem Maße, wie sich im Archiv der Kommission Kopien wichtiger Dokumente sammelten, wuchs die Notwendigkeit, sie als Ganzes zu bearbeiten. Die Kommission beschloß, zunächst als erforderliche Zwischenstufe eine Reihe von Fachstudien zu erarbeiten. Insgesamt entstanden 27 Studien im Umfang von 1710 Seiten. Von den bedeutendsten Titeln führe ich die folgenden an: "Die soziale Struktur der Tschechoslowakei am Vorabend des Prager Frühlings" (P. Machonín<sup>3</sup>), "Die Normalisierung und ihre Folgen im sozialen und ökonomischen Bereich" (L. Kalinová), "Die öffentliche Meinung in der Tschechoslowakei 1968" (J.

2 Der Herausgeber von Dubčeks Autobiographie (Hope Dies Last, Kodansha International, New York/Tokio/London), J. Hochman, hatte die Möglichkeit, die Texte von Dubčeks Gespräch mit der Kommission zu lesen und sie sowie andere Dokumente der Kommission in seiner Arbeit zu verwenden. Nach der tschechischen Ausgabe (Naděje umírá poslední - Die Hoffnung stirbt zuletzt, Prag 1993) führe ich weitere Verweise an.

3 Erschienen in Prag 1992 (tschech.).

Bečvář und J. Hudeček), "Öffentliche Informationen im sowjetischen politischen System" und "Die Massenmedien in der ČSSR 1956-1968" (D. Havlíček), "Zentrale Presse, Rundfunk und Fernsehen" (K. Lánský), "Die Soldaten und der Prager Frühling" (J. Navrátil, A. Benčík), "Die Entwicklung der Ereignisse in den Gewerkschaften" (F. Velek, J. Klementová, L. Lehár), "Wandlungen der Rechtsordnung in der Zeit des Prager Frühlings" (J. Císař), "Das Ministerium des Innern und die Staatssicherheit im Jahr 1968" (J. Zejner). Diese und eine Reihe weiterer Studien über die ökonomische, soziale, verfassungsrechtliche, außenpolitische und kulturelle Entwicklung, über die Arbeit des Parlaments und über das Entstehen der Föderation sind im Archiv der Kommission niedergelegt.<sup>4</sup> Die meisten dieser Studien wurden entweder im Plenum der Kommission oder in anderen wissenschaftlichen Instituten behandelt, stets in Anwesenheit von externen Fachleuten und Zeitzeugen. Die Endfassungen der Texte sowie die Stenogramme der Anmerkungen und Diskussionen befinden sich im Archiv der Kommission.

Zwei Mitarbeiter der Kommission (M. Michalková und M. Uriánek) erarbeiteten die bibliographischen Unterlagen, speziell eine detaillierte Chronologie, die in ihrer 3. Fassung auch die Daten der Archivadokumente erfaßte. Diese Arbeit hat einen Umfang von 1055 Seiten, wobei die Ereignisse der kritischen Tage (20.-28.8.) in Sequenzen von Stunden bzw. Minuten rekonstruiert wurden. Mitarbeiter der Stammbibliothek der ČSAV erarbeiteten auch einen umfangreichen Band mit Fotokopien der wichtigsten Artikel der Auslandspresse.<sup>5</sup> Die dritte Arbeitsphase der Kommission bildete die Ausarbeitung von dreizehn Kapiteln der zusammenfassenden Studie "Ursachen und Verlauf des Prager Frühlings und seiner Niederschlagung" der Autoren J. Moravec, F. Janáček, V. Kural, A. Benčík, J. Navrátil, M. Bárta, J. Belda und V. Mencl, der die Studie redigierte. Das Plenum der Kommission behandelte die einzelnen Kapitel (1520 Seiten), und die Endfassung wurde der Regierung übergeben. Bei der Erarbeitung war es jedoch noch nicht möglich, die Dokumente aus den sowjetischen Archiven voll zu nutzen. Daher beschloß die Kommission, für die Öffentlichkeit eine gekürzte und aktualisierte Fassung herzustellen, die 1993 erschien.<sup>6</sup> Die slowakische Kommission legte keinen selbständigen Bericht vor, ergänzte jedoch den Bericht der föderalen Kommission. Sie gab selbständig eine Sammlung der 179 wichtigsten Archivadokumente heraus.<sup>7</sup>

Die Abschlußphase der Tätigkeit der Kommission war die internationale Konferenz "Über die tschechoslowakische Entwicklung im Jahr 1968, ihre internationalen Zusammenhänge und Folgen", die vom 2.-6.12.1991 in Liblice bei Prag stattfand. Außer tschechischen und slowakischen Wissenschaftlern nahmen daran auch Forscher aus der BRD, Österreich, Polen, UdSSR, Bulgarien, Italien, Frankreich, USA und Schweden teil. Von besonderer Bedeutung waren die Beiträge des russischen Historikers M. Latysch, der eine eingehende Analyse der Verhältnisse im sowjetischen Politbüro gab, sowie von F. Tych und M. Issusow,

4 Veröffentlicht wurde von diesen Studien: Die Soldaten und der Prager Frühling, J. Navrátil und A. Benčík, Verl. SVK-FMO, 1991 (tschech.).

5 Wissenschaftliche Informationen der ČSAV ISSN-0322-9181, Prag 1989-90, (tschech.), 514 Seiten, davon S. 475-514 ausführliche Bibliographie ausländischer Zeitschriften zur tschechoslowakischen Entwicklung 1967-1970.

6 Die Tschechoslowakei im Jahre 1968, Prag 1993, 2 Teile, 340 Seiten (tschech.).

7 Die Slowakei in den Jahren 1967-70, eine Auswahl von Dokumenten, Bratislava 1992, erschienen im Selbstverlag, 645 Seiten (slowak.).

die die Fakten über die militärische Vorbereitung der Aggression ergänzten. Wichtige Tatsachen enthielten auch die Beiträge von M. Wilke und D. Eckert über die Entwicklung in der DDR sowie von B. Wrede-Bouvier über den Einfluß des Jahres 1968 auf Brandts Ostpolitik.<sup>8</sup> Auf Fragen der Teilnehmer antworteten A. Dubček, O. Černík, J. Hájek u.a.

Nach Abschluß der Arbeit der Kommission entschied die Regierung, daß sich das gesamte wissenschaftliche Material als unteilbarer Fonds für mindestens fünf Jahre im Institut für Zeitgeschichte der ČSA (ÚSD ČSA) befinden und allen Wissenschaftlern zur Verfügung stehen soll. Zugleich entstand in Prag die Stiftung "Prager Frühling 1968" mit dem Ziel, "Bemühungen um die Schaffung eines objektiven Bildes über die Entwicklung der tschechoslowakischen Reformbewegung der sechziger Jahre zu unterstützen" und die Herausgabe der wichtigsten Dokumente zu sichern.<sup>9</sup> Natürlich wertete die Kommission zu Beginn ihrer Arbeit zunächst die bereits vorhandene Literatur über den Prager Frühling aus. Sie kam zu dem Schluß, daß vor allem drei Arbeiten - von H. G. Skilling<sup>10</sup>, von Z. Hejzlar<sup>11</sup> und die bereits in der Opposition erarbeitete Studie von J. Hájek, V. Mencl, A. Benčík und J. Domaňský<sup>12</sup> - der geeignete Ausgangspunkt für sie sein könnten. Die genannten Arbeiten stützten sich vor allem auf Pressequellen und zeitgenössisches Material. Durch die Öffnung der Archive konnte die Kommission jedoch anhand der Informationen, die den Wissenschaftlern zuvor nicht zugänglich waren, die Probleme eingehender behandeln. Ich möchte daher auf einige neue Aspekte aufmerksam machen, die sich durch das Studium ergaben.

## Der Zustand der tschechoslowakischen Gesellschaft in den sechziger Jahren

Die Soziologen unter den Mitarbeitern der Kommission analysierten die soziale Struktur und die inneren Widersprüche der tschechoslowakischen Gesellschaft jener Jahre. Sie gelangten zu dem Schluß, daß eine zwar deutliche, doch nicht auf Konflikten beruhende vertikale soziale Differenzierung vorherrschte, die sich besonders in den Dimensionen Komplexität der Arbeit, Bildungsunterschiede, Nutzung der Freizeit sowie in Qualität und Ausmaß des Konsums zeigte. Es handelte sich um eine birnenförmig gegliederte Gesellschaft mit stark verjüngten oberen Bereichen. Weiterhin erwies sich, daß die damals offiziell tradierte Klasseneinteilung (in "Arbeiter, Bauern und Intelligenz") nicht mehr deutlich ausgeprägt war, denn diese "Klassen" waren bereits so heterogen, daß wesentliche soziale Unterschiede innerhalb derselben verliefen.

8 Internationale Konferenz über die tschechoslowakische Entwicklung im Jahr 1968, ihre internationalen Zusammenhänge und Folgen, erschienen im Selbstverlag der Kommission, Druck Printing Rožtoky bei Prag 1992 (tschech.). Die Publikation enthält den Bericht über den Verlauf der Konferenz, ein kurzes Verzeichnis der Beiträge und die Teilnehmerliste.

9 Siehe Gründungsurkunde der Stiftung Prager Frühling, Art. 3, Abs. 1. Der Text liegt im Inst. f. Zeitgeschichte vor.

10 Skilling, H. G.: *Czechoslovakia's Interrupted Revolution*, Princeton, N.Y. 1967.

11 Hejzlar, Z.: *Reformkommunismus - zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei*, Köln/Frankfurt am Main 1976.

12 Hájek, J./Mencl, V./Benčík, A./Domaňský, J.: *Osm mesiacov Pražskej jari (Acht Monate Prager Frühling - d.Ü.)*, Obroda, Martin 1990 (slowak.).

Insgesamt handelte es sich um eine nach dem *Egalisierungsprinzip aufgebaute Gesellschaft* einer "maximal dimensionierten Mittelschicht", die die erste Etappe der Konsumevolution durchmachte, im Vergleich zum damaligen westeuropäischen Standard allerdings mit wesentlicher Verspätung. Es war also eine Gesellschaft *ohne soziale Konflikte*, die nicht zu revolutionärem Handeln in dramatischer Form neigte, dabei aber nach einer Möglichkeit suchte, Raum für die sich verstärkende Pluralität der Interessen zu schaffen. Es muß betont werden, daß dieser Charakter der Gesellschaft im damaligen Ostblock fast eine *Einzelerscheinung* war, der bis zu einem gewissen Grad die Situation in der benachbarten DDR entsprach, wo aber z.B. die soziale und funktionsbezogene Priorität der Intelligenz viel stärker ausgeprägt war als in der Tschechoslowakei.

Demgegenüber war die *machtpolitische* Differenzierung stark entwickelt und pyramidenförmig gegliedert. An der Spitze stand die durch die Nomenklatur gebildete Macht der ständig bestehenden Parteielite, während die übrige Gesellschaft praktisch keinen Einfluß auf die Entwicklung des Geschehens hatte. So war der Stand noch 1965, doch schon damals wuchs in bezug auf die Differenzierung ein Widerspruch heran, ausgelöst durch den Druck der *nachfolgenden Generation der Dreißig- und Vierzigjährigen in der Parteielite*, die in vieler Hinsicht frei war von den Auffassungen, die vor dem Krieg und vor dem Februar 1948 entstanden waren. Zudem war sie wesentlich gebildeter und fachkundiger. Es war gerade diese neue Generation der Elite, die die Öffnung der politischen Diskussion anstrebte und demokratische Verhältnisse forderte, in denen sie Erfolg haben konnte.

Der dritte entscheidende Faktor war das Heranreifen der *slowakischen politisch-nationalen Identität*, die durch die beschleunigte Industrialisierung der Slowakei in den fünfziger Jahren forciert wurde. Dort verlief auf Grund der zunehmenden Qualifikation ein Emanzipationsprozeß der politischen Elite, die immer intensiver eine stärkere Rolle der Slowakei im Staat forderte. Da diese Forderung in der slowakischen Politik nicht nur dominierte, sondern auch Einigkeit schuf, konnte dieser Teil der Republik einmütig auftreten und die Forderung nach Föderalisierung erheben. Das schwächte objektiv den Prager bürokratischen Zentralismus, das Rückgrat des stalinistischen Regimes von Novotný.

Was das gesellschaftliche Bewußtsein und die Ideologie im gesamten Staat anbelangt, dominierten immer noch die "Anti-München-Haltung" und damit auch die "antikapitalistische und prosowjetische" Einstellung.<sup>13</sup>

## Der Fall von A. Novotný

Die innenpolitischen Gründe für den Fall von A. Novotný zur Jahreswende 1968/1969 wurden in der vorhandenen Literatur hinreichend erläutert. Für lange Zeit unklar blieb jedoch die Frage, wie stark Novotnýs Position im Kreml war, ohne dessen Wissen und Unterstützung er nicht wagen konnte, Polizei und Militär einzusetzen, um seinen Fall abzuwenden. Obwohl sich in der Tschechoslowakei keine sowjetischen Truppen befanden, wurden die hiesigen Militär- und Sicherheitskreise so sehr von den Organen des KGB und des Warschauer Vertrags beherrscht, daß Novotný zu einem solchen Schritt die Zustimmung des Kremls gebraucht hätte.

<sup>13</sup> Ausführlicher s. Anm. 3 und 31.

Die eingehende Archivforschung hat gezeigt, daß zwischen Novotný und Breschnew schon seit längerer Zeit Unstimmigkeit herrschte, zumindest seit 1964, als Novotný öffentlich die Art und Weise der Absetzung Chruschtschows kritisierte. Es gab aber auch noch andere Gründe. Seit März 1965, als im Hauptquartier des Warschauer Vertrags in Legnice (Liegnitz)<sup>14</sup> eine strategische Übung auf Stabsebene stattfand, die die sowjetische militärische Konzeption wesentlich veränderte, versuchte Breschnew, von Novotný die Zustimmung zur Stationierung von *drei sowjetischen Raketenabteilungen* in Westböhmen zu erlangen. Novotný lehnte ab und beauftragte die Militärkommission des ZK der KPČ, eine Kompromißlösung auszuarbeiten. Danach sollten nur drei *Lager* für taktische Kernwaffen gebaut werden, zwei im Raum Milovice und eins bei Jincy.<sup>15</sup> Die Stationierung der entsprechenden sowjetischen Einheiten zur Bedienung dieser Waffen zu einem bestimmten Termin versprach Novotný hingegen nicht.<sup>16</sup> Dieser Kompromiß war jedoch für Breschnew unannehmbar, was sich nach dem Abschluß des Manövers der Verbündeten des Warschauer Vertrags im Sommer 1965 auf dem Territorium der Tschechoslowakei herausstellte, als Marschall Gretschnko und dann L. Breschnew und J. Andropow am 4. und 6.2.1966 erneut die Stationierung von nun bereits zwei sowjetischen *Divisionen auf tschechoslowakischem Territorium* verlangten. *Novotný lehnte wiederum ab.*<sup>17</sup>

Doch die in Legnice ausgearbeitete neue Militärstrategie setzte bereits den *offensiven Aufmarsch der tschechoslowakischen Armee* in Richtung Nürnberg-München voraus und damit auch die Ergänzung der vorrückenden tschechoslowakischen Einheiten durch Divisionen der Mittelgruppe der sowjetischen Streitkräfte. Die hätten allerdings schon vor Kriegsbeginn in der zweiten Welle auf tschechoslowakischem Territorium anwesend sein müssen.<sup>18</sup> Breschnew konnte sich mit Novotnýs Einstellung nicht zufriedengeben und war daher an seiner Entfernung aus der Führung der KPČ interessiert. Novotný spürte Moskaus Haltung und bemühte sich, seine eigene Machtposition dadurch zu stärken, daß er die Zentralisierungspolitik noch mehr intensivierte, was nicht nur zum Konflikt mit den slowakischen Repräsentanten führte, sondern auch im Widerspruch zu den Beschlüssen des XIII. Parteitags der KPČ stand<sup>19</sup>, die unter dem zunehmenden Druck des tschechischen liberalen Flügels angenommen worden waren. Novotnýs zentralistische Politik stieß jedoch auch bei den KPČ-Bezirksorganisationen von Prag, Brno und Ostrava auf Ablehnung sowie auf den Widerstand der Wirtschaftsmanager, deren Vorschlägen zur Entfaltung der Wirtschaftsreform Novotnýs Zentralismus hinderlich war. Als es jedoch Mitte 1967 zum Konflikt mit der Parteintelligenz und den Schriftstellern kam, spitzte sich die Situation auch in der Führung der KPČ zu und entwickelte sich zwischen Oktober und Dezember zu einer offenen Krise. Breschnew kam am 8. Dezember nach Prag, um sie zu beenden, und verhandelte den ganzen folgenden Tag mit allen Mitgliedern der Parteiführung. Er stellte sich *nicht* eindeutig hinter Novotný, beson-

14 Sitz des Kommandos der in Polen stationierten sowjetischen Truppen.

15 Archiv der Kommission (im folgenden AK)-A-A Gen.št. Evidenz der archivierten Schriftstücke Nr. 447. Ausführlicher s. auch Madry, J.: Sowjetische Interessen in der Verteidigungskonzeption der Tschechoslowakei 1965-1970, in: Geschichte und Militärwesen, 1992/5, S. 126-140 (tschech.).

16 AK Archiv des ZK der KPČ F-AN-Abt. nicht eingeordnet.

17 Ebenda, Nr. 11.

18 Ebenda, Nr. 324.

19 Siehe: Die Tschechoslowakei 1968, S. 19-23 (tschech.).

ders, als er feststellte, daß dessen Position schwach war. Er verlangte, die endgültige Entscheidung aufzuschieben, da er die Angelegenheit mit dem sowjetischen Politbüro erörtern wollte. Obgleich Novotný die VIII. Abteilung des ZK der KPCĀ (Streitkräfte und Sicherheit) und damit auch die Aktionseinheiten der beiden Machtministerien voll beherrschte, war er sich in der gegebenen Situation nicht sicher, ob repressives Vorgehen gegen seine Opponenten nicht den Bruch mit Moskau zur Folge haben würde. Ihn verunsicherte auch, daß sich der *slowakische* Militärbezirk in Trenčín eindeutig hinter Dubček stellte und am 22.12. an alle ihm unterstehenden Einheiten den Befehl übermittelte, dafür zu sorgen, daß "keine bewaffneten Einheiten in die Lösung der innerparteilichen Streitigkeiten eingreifen".<sup>20</sup> In dieser Situation mußte Novotný die Strategie des Rückzugs wählen, was die immer stärker werdende Gruppe seiner Kritiker ausnutzte, die dann, *ohne die Entscheidung des sowjetischen Politbüros abzuwarten*, am 4. Januar 1968 den Beschluß faßte, Novotný der höchsten Parteifunktion zu entheben. In die Funktion wurde A. Dubček gewählt, und das setzte die Umgestaltungs-lawine des "Prager Frühlings" in Bewegung.

## Der Konflikt mit den Verbündeten und die Dresdner Verhandlungen vom 23. März 1968

Zwei Hauptkräfte gaben vor allem die Entwicklungsrichtung des "Prager Frühlings" an. Erstens der Reformprozeß innerhalb der KPCĀ, deren Auffassung von Veränderungen durch Evolution sich im Aktionsprogramm widerspiegelte, das auf der Sitzung des ZK der KPCĀ am 1. April angenommen wurde. Die zweite Kraft war die Eruption der lange unterdrückten, aber noch lebendigen Gesellschaft der Bürger, die nach dem 4. März durch die faktische Wiederherstellung der Presse- und Informationsfreiheit einsetzte.

Bisher geheimgehaltene Probleme einschließlich des Umfangs und der Ursachen von Repressalien und Justizmorden aus den fünfziger Jahren wurden bekannt, und es wurde die natürliche Forderung erhoben, nicht nur die Schuldigen zu bestrafen, sondern auch diejenigen aus dem politischen Leben zu entfernen, die die Verantwortung für sie trugen. Im Zusammenhang mit der sog. Šejna-Affäre<sup>21</sup> entwickelte sich eine Volksbewegung für die Abdankung Novotnýs auch als Präsident, und diese erfolgte am 22. März. Schon vorher emanzipierten sich jedoch die meisten gesellschaftlichen Organisationen sowie die nichtkommunistischen Parteien mehr und mehr von dem direkten Einfluß des Apparats der KPCĀ, wählten in geheimen Wahlen neue Führungsgremien und nahmen allmählich eine unabhängige Haltung ein. Mit dem "Klub der engagierten Parteilosen" (KAN) entstand faktisch auch eine nichtkommunistische Oppositionspartei. Organisationen, die vor dem Februar 1948 bestanden hatten (Sokol, Bund der Freiheitskämpfer, unabhängige Gewerkschaftsverbände u.a.), nahmen ihre Tätigkeit wieder auf.<sup>22</sup>

20 Die Slowakei in den Jahren 1967-1970, a.a.O., S. 5-6 (slowak.).

21 General Jan Šejna war Chef der Politischen Hauptverwaltung der tschechoslowakischen Armee. Seine Absetzung in die USA destabilisierte die Position Novotnýs.

22 Siehe Archivuntersuchungen, erarbeitet von Beauftragten der Kommission (AK-Z-1-58), zusammenfassend auch Die Tschechoslowakei 1968 I, S. 44-61 (tschech.).

Zeitgleich mit dieser Entwicklung wuchs die Besorgnis der Breschnew- und der Ulbricht-Führung. Man kann die einzelnen Phasen anhand der Archivadokumente verfolgen, die die Kommission erhielt, besonders anhand derer aus sowjetischen Archiven. Die ersten Zeichen einer Unstimmigkeit zwischen Dubček und Breschnew gab es schon bei den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Februar (25.2.1968), als in Prag alle führenden Repräsentanten aus den europäischen Ländern des sowjetischen Blocks und aus Jugoslawien zusammenkamen. Breschnew verlangte gleich nach seiner Ankunft den Text der Rede, die Dubček auf der Festsitzung halten sollte. Er war schockiert und bestand darauf, daß Dubček die Passagen ausließ, die Fehler der Vergangenheit und die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse sowie die neue, demokratischere Auffassung der Partei betrafen.<sup>23</sup> Am 6. und 7. März fand in Sofia ein Treffen der beratenden Versammlung des Warschauer Vertrags statt, wo der Versuch unternommen wurde, eine tschechoslowakische Militärdelegation zu einer außerordentlichen Beratung nach Moskau einzuladen. Als die Delegation nach Konsultation mit Dubček die Einladung ablehnte<sup>24</sup>, faßte Breschnew dies als Aufkündigung des Gehorsams auf und entschied, daß die Politik der KPČ am 23. März beim Treffen in Dresden zum erstenmal einer harten Kritik unterzogen werden sollte. Das Protokoll dieser Zusammenkunft haben die Kommission und auch andere tschechoslowakische Wissenschaftler bisher nicht erhalten können, doch liegen relativ ausführliche persönliche Aufzeichnungen von drei tschechoslowakischen Teilnehmern vor.<sup>25</sup> Daraus ergibt sich, daß Breschnew auch dort wieder verlangte, Truppen in der Tschechoslowakei zu stationieren als Garantie dafür, "daß dieses Land im Bündnis des Warschauer Vertrags verbleibt" (O. Černík). Daher war auch der Ton, den er bereits in seinem einleitenden Referat anschlug, sehr aggressiv. Er sagte, daß die tschechoslowakische Entwicklung "Züge einer Konterrevolution annimmt". Ulbricht schlug dann auch eine Resolution in diesem Sinne vor, die die tschechoslowakische Delegation entschieden ablehnte. Auch Kadár unterstützte den Antrag nicht, und so endete die Dresdner Zusammenkunft ohne klaren Abschluß und sollte vor der breiteren Öffentlichkeit geheimgehalten werden. Innerhalb der Führung der KPČ hatte sie jedoch eine starke Wirkung und trug dazu bei, daß sich ein konservativer Block herauskristallisierte, dessen Protagonisten drei Teilnehmer dieses Treffens waren: J. Lenárt, D. Kolder und V. Bilak.

## Die Bildung der "Warschauer Fünf"

Im April und Mai gingen die grundsätzlichen Veränderungen im tschechoslowakischen politischen System beschleunigt vor sich. Die Informationsfreiheit wurde faktisch zur Versammlungsfreiheit erweitert. Die traditionellen Formen der Bürokratie des Apparats brachen zusammen, mit ihnen verschwanden die administrativen lebensfremden Formen der "führenden Rolle der Partei". Damit war auch das System der Nomenklatur zerrüttet, und die personelle Zusammensetzung in der Leitung der staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen (Gewerkschafts-, Interessen-, Sport-, Kulturverbände u.a.) wurde verändert. In der neu konstitu-

23 Den Text der gestrichelten Passagen führt Dubček in einer Anmerkung zu seiner Biographie an, in: Dubček, a.a.O., S. 148 (tschech.).

24 Ebenda, S. 151.

25 AK-R-81 (A. Dubček), R-2-17-18 (O. Černík), AÚV KPČ F-01 (V. Bilak).

ierten Regierung Čermák (8. April) wurden 15 von 19 Ministern ausgewechselt. Die Besetzung der höheren Funktionen in den Nationalausschüssen der Bezirke und Kreise änderte sich zu 60 %. Alle Hochschulrektoren und die meisten Direktoren von wissenschaftlichen Instituten, die Leitung des Rundfunks und des Fernsehens wurden ausgetauscht. Eine Säuberung der Staatssicherheit wurde vorgenommen.

Aus begreiflichen Gründen gelang es der Kommission nicht, den Umfang des damaligen Informationsnetzes des KGB in der Tschechoslowakei dokumentarisch zu rekonstruieren. Sie erhielt jedoch aus einer vertraulichen Mitteilung eines früheren Innenministers, der sein Amt vor 1968 bekleidete, die Information, daß nach seiner Kenntnis ein wesentlicher Teil der Residenten *aus ihren Stellen entfernt wurde und somit keine gesicherten Informationen mehr liefern konnte*. Das erklärt auch die deutliche Verschlechterung hinsichtlich der Professionalität und Objektivität des Informationsflusses von Prag nach Moskau. Besondere Bedeutung erlangten die Informationen, die die sowjetische Botschaft mit Gen. Tscherwonenko an der Spitze durch ihre diplomatische Aktivität erhielt. Sie orientierte sich jedoch vornehmlich auf die *konservativen* Kräfte des Parteiapparats.<sup>26</sup> Vorwiegend *deren Berichte* wurden in Moskau zu monatlichen und dann zu vierteljährlichen Komplexberichten zusammengefaßt, die Breschnew, Gromyko, Suslow, Russakow und manchmal auch Kolesnikow erhielten, also alle, die sich mit der tschechoslowakischen Problematik näher befaßten. Charakteristisch für die meisten dieser Berichte war, daß nach ihrer Schilderung der Situation in der Tschechoslowakei ein wesentlicher Teil der Bevölkerung den "treuen Kommunisten" vertraute, während ein Teil nur auf den geeigneten Augenblick wartete, um eine Wiederholung des ungarischen Novembers von 1956 zu realisieren.

Zwei weitere Ereignisse erregten jedoch den Zorn der Moskauer Führung: Vor allem die mißglückte Mission von Marschall Jakubowski, der bei seinem Besuch in Prag am 24. April verlangte, alle tschechoslowakischen Einheiten dem Kommando des Warschauer Vertrags direkt zu unterstellen und den Termin für das Manöver der *verbündeten Truppen auf tschechoslowakischem Territorium* vom Herbst auf den Mai vorzuverlegen.<sup>27</sup> Nicht weniger schockierend waren für Moskau (und für Berlin) die Feiern zum 1. Mai in der Tschechoslowakei. Sie verliefen ganz spontan, ohne die üblichen Absperrungen und ohne Zensur der Transparente, es tauchten nicht nur kritische Losungen des oppositionellen KAN auf, sondern auch USA-Fahnen. Tscherwonenko interpretierte dies als einen Triumph der antisozialistischen Kräfte. Nach vertraulichen Informationen aus der tschechoslowakischen Botschaft in Moskau war infolge dieser beiden Ereignisse *Breschnews Position* im Politbüro *sehr geschwächt* zugunsten von Scheljepin.<sup>28</sup> Auch das konnte ein Grund sein, warum Breshnew beschloß, den Druck auf die Tschechoslowakei zu verstärken. Kurzfristig wurde eine tschechoslowakische Parteidelegation zu Verhandlungen am 4. und 5. Mai nach Moskau eingeladen. Breschnew äußerte gegenüber der Delegation, daß sich in der ČSSR die "schleichende Konterrevolution" behauptete, die ihre politische Armee aus dem KAN, aus der wiedererstehenden Sozialdemokratie, den Kirchen, den Klubs der Rehabilitierten (K 231) und aus Stu-

26 AK-Z-SM-26 sowie AK-Centr chraněnia-9756-F-5. Es handelt sich um Gespräche mit J. Šimek, J. Svoboda, J. Valenta, M. Müller, F. Havlíček u.a. Die meisten bezeichneten Duběks und Smrkovskýs Position als schwach.

27 AK-A-ZK KPČ-P 4156/68.

28 AK-MZV-Chiffre Moskau Nr. 4033/68-079/68 vom 12.6.68.

denorganisationen aufbaute. Er forderte schnelles und hartes Eingreifen gegen die Pressefreiheit, verlangte das Versammlungsverbot und gerichtliche Verfolgung der "Verleumder des Sozialismus". Er beharrte energisch darauf, daß das Manöver der Verbündeten bereits im Mai stattfinden sollte. Die tschechoslowakische Delegation verteidigte sich damit, daß sie den Kampf gegen Stalinisten und rechtsgerichtete Kräfte führen müßte, daß man von Konterrevolution und Bürgerkrieg nicht sprechen könnte, daß im Gegenteil die Autorität der Parteiführung zunähme, was auch die Zahlen der Meinungsforschung belegten. Sie wandte ein, daß eine sofortige Militärübung die Situation im Lande verschlechtern würde, und nannte als annehmbaren Termin den Juni.<sup>29</sup>

Doch schon zwei Tage danach berief das Moskauer Politbüro die erste Tagung der "Warschauer Fünf" für den 8. Mai nach Moskau ein. Ihr Inhalt ist der Kommission aus der stenographischen Aufzeichnung bekannt.<sup>30</sup> Die Tagung, die keine Rücksicht mehr auf die abwesenden Vertreter der KPČ zu nehmen brauchte, bedeutete einen weiteren Schritt in der negativen Einschätzung der tschechoslowakischen Situation. Vor allem tauchte in Breschnews einleitender Rede zum erstenmal andeutungsweise die sog. "Breschnew-Doktrin" auf als das "Recht der benachbarten sozialistischen Länder, die Situation in einem anderen Land zu erörtern". Ferner sprach Schiwkow zum erstenmal davon, wer der Feind in der Führung der KPČ sei (F. Kriegel), und Gomulka sowie Ulbricht fügten weitere Namen hinzu (O. Šik, C. Císař, J. Špaček, J. Pavel). Gomulka sprach auch Dubček das Mißtrauen aus und forderte, die Beratung sollte das Aktionsprogramm der KPČ vom April als ein revisionistisches Dokument ausdrücklich ablehnen. In dieser Sache unterstützte Breschnew ihn jedoch nicht. Kadár äußerte zwar Zweifel am Aktionsprogramm, stimmte aber nicht der Beschreibung der Situation in der Tschechoslowakei als "konterrevolutionär" zu. Es wurde auch die Frage diskutiert, ob man zu einer militärischen Lösung greifen sollte, aber schließlich wurde Breschnews Vorschlag angenommen. Danach sollte die massive Größenordnung des Manövers "Šumava" (d.i. Böhmerwald) in der Tschechoslowakei als Druckmittel wirken, um Raum zu schaffen, damit Abgesandte und Propagandisten der "Fünf" die Position der Konservativen stärken und so ihre Hilfe für die Verbündeten in Zukunft sichern könnten. Von der Tagung ging auch die Forderung aus, die tschechoslowakische Führung sollte den "Rechtsopportunisten und Revisionismus zur Hauptgefahr" erklären und die Parteien der "Fünf" sollten die direkte Zusammenarbeit mit der "Gruppe der Internationalisten" in der Führung der KPČ aufnehmen (mit D. Kolder, V. Bilak, A. Indra, O. Voleník). In der Frage der direkten militärischen Intervention gab es wegen J. Kadárs Widerstand keine Einmütigkeit, und die Tagung konnte zu keiner politischen Entscheidung über deren Beginn gelangen. In vier Ländern - zunächst ohne Ungarn - waren die Vorbereitungen auf die Intervention jedoch bereits im Gange.<sup>31</sup>

29 AK-Z-S-Protokoll der Verhandlungen mit der Delegation der ČSSR am 4.5.1968 (russ.).

30 Das sowjetische Stenogramm AK-Z-S-III-42, Nr. 1, das polnische Protokoll und der Bericht von J. Kadár AK-Z-M-Nr. 5 sind vorhanden.

31 Geschichte und Militärwesen, 1993/5 S. 58-65, Pataky, Ivan: Die Verwicklung der UVR in die Aggression gegen die Tschechoslowakei 1968 (slowak.). Die Arbeit beruht auf Archivdokumenten des MHKI (Zentralarchiv der ungarischen Armee) Budapest.

## Die inneren Konflikte in der Tschechoslowakei und die Vorbereitung der Intervention

Durch den Einfluß der Moskauer Verhandlungen der tschechoslowakischen Delegation am 4. Mai und den verstärkten Druck, der nach der Tagung der "Fünf" einsetzte, vertiefte sich die Differenzierung in der Führung der KPČ. Verschärft wurde sie auch durch die dringende Forderung der zu der Zeit stattfindenden Bezirksparteikonferenzen, einen außerordentlichen XIV. Parteitag der KPČ einzuberufen. Verstärkend wirkte auch die Beunruhigung der tschechoslowakischen Öffentlichkeit, die Informationen über die Moskauer Verhandlungen verlangte und die Ablehnung des angekündigten Manövers der Verbündeten offen bekundete. Ein Teil der Parteiführung (Kolder, Bilak, Lenárt, Indra) forderte administrative Maßnahmen gegen die "Rechtsextremisten". Wichtig war jedoch, daß es dieser Gruppe gelang, *auf der gesamtstaatlichen Beratung der Bezirks- und Kreissekretäre* (12.-13.5. in Prag) *große Unterstützung* zu erringen, deren Bedeutung bisher unterschätzt wurde.<sup>32</sup> Der progressive Flügel erlitt dort eine Niederlage. Moskau nahm den Bericht über das Ergebnis der Beratung jedoch dankend entgegen und nahm an, die Dinge würden sich zum Besseren wenden. Die tschechoslowakische Öffentlichkeit erfuhr trotz der Geheimhaltung bald von der Beratung und reagierte scharf ablehnend. Die Parteiorganisationen begannen, das Ausscheiden der konservativen Funktionäre zu fordern, und drängten auf die Einberufung des außerordentlichen Parteitags. In dieser Situation fand eine wichtige Sitzung des ZK der KPČ statt (29.5.-1.6.). Das Kräfteverhältnis der beiden Fraktionen war ausgeglichen, und das Ergebnis war ein Kompromiß. Das stärkte in Moskau die Hoffnung, Dubčeks Position würde schwächer. Daher wurde der Beschluß des Plenums, den außerordentlichen Parteitag für den 9. September 1968 einzuberufen, dort auch ohne Besorgnis aufgenommen. Auf der Sitzung stimmte auch der konservative Flügel zu, der sich nach der erwähnten Beratung im Mai der Unterstützung von seiten des Parteiapparats sicher war und hoffte, mit dessen Hilfe die Wahl der Delegierten zum eigenen Nutzen manipulieren zu können.

Die Konservativen *unterschätzten jedoch die deutliche Veränderung, die sich inzwischen in der Partei vollzogen hatte*. Die Mitgliedschaft, die in der Vergangenheit durch die Herrschaft der Nomenklatur manipuliert worden war, widersetzte sich den traditionellen Ritualen. Ihre Aktivität wuchs auch dadurch, daß sie die Unterstützung der Öffentlichkeit spürte.<sup>33</sup> Schon die Wahl der Delegierten zu den Kreiskonferenzen verlief unter großer Beachtung durch die Öffentlichkeit. Die darauf folgenden Bezirkskonferenzen waren bereits eine echte Konfrontation der beiden Richtungen, in der klar der Gedanke siegte, man müsse noch über das Aktionsprogramm hinausgehen. Eine Meinungsumfrage unter den Delegierten zeigte, daß nur 13 % nicht damit einverstanden wären, "daß die KPČ die Macht mit anderen politischen Subjekten teilen sollte". Aus diesen Umfragen ergab sich, daß von den Protagonisten

32 AK-ZK KPČ F 108-Stenogramm der Beratung der Sekretäre am 12.-13.5.

33 In einer Umfrage der Meinungsforschung im Juli antworteten auf die Frage: Wen würden Sie wählen, wenn in diesem Monat Wahlen wären, 40 % der Respondenten, sie würden die KPČ wählen; 13 % die Tschechoslowakische Sozialistische Partei, 8 % die Tschechoslowakische Volkspartei, 6 % würden die Stimmzettel ungültig machen. Der Rest war unentschlossen. Siehe Piekalkiewicz, J.A.: Public Opinion Polling in Czechoslovakia 1968-1969, New York/Washington/London 1972, S. 247 (engl.).

der konservativen Richtung praktisch niemand vom Parteitag in die Führung der Partei gewählt werden würde.<sup>34</sup> Während Moskau bisher eine abwartende Haltung eingenommen hatte, bewirkte diese Information über die Niederlage der Konservativen bei der Vorbereitung des Parteitags eine Änderung. Moskau konnte nicht zulassen, daß der Parteitag stattfand. Dabei gab es noch einen weiteren Mißerfolg. Die Hoffnungen, die Moskau in das Manöver "Šumava" gesetzt hatte, erfüllten sich nicht. Entgegen der ursprünglichen Ankündigung wurde die Zahl der Truppen auf 40 000 erhöht. Sowohl diese außerordentlich hohe Zahl wie die aggressive politische Einflußnahme im Zusammenhang mit dem Manöver lösten in der tschechoslowakischen Gesellschaft eine Welle der Ablehnung und die Forderung aus, die Truppen sollten unverzüglich das Territorium des Staates verlassen. Die Aktion, in die die Beratung der "Fünf" im Mai so viel Hoffnung gesetzt hatte, endete mit einem Mißerfolg. Das war offenbar auch ein weiterer Impuls, der Breschnew in dem nächtlichen Telefongespräch mit Dubček am 27. Juni nach der Veröffentlichung des kritischen Manifests "Zweitausend Worte" veranlaßte, darauf zu dringen, daß Dubček "augenblicklich zum Angriff gegen die konterrevolutionären Kräfte übergehen und sich" auf den gesunden Kern der Partei und der Arbeiterklasse sowie auf die bewaffneten Abteilungen der Volksmilizen "stützen sollte".<sup>35</sup>

Beim Treffen mit Kádár am 3. Juli in Moskau beschuldigte Breschnew den abwesenden Dubček bereits, daß er "eine opportunistische Haltung einnimmt, prinzipienlos Zugeständnisse macht und von zentristischen Positionen nach rechts abgeleitet".<sup>36</sup> Er drängte Kádár, seine Vorbehalte aufzugeben, und wollte erreichen, daß unverzüglich ein neues Treffen der "Fünf" in Warschau stattfand. Zugleich teilte er in Form einer Empfehlung mit, daß jede der fünf Parteien - einschließlich der ungarischen - in einem Schreiben an die KPČ ihre kritischen Vorbehalte formulieren sollte. Die Schreiben wurden innerhalb einer Woche tatsächlich abgeschickt.<sup>37</sup> Der Ton, in dem sie abgefaßt waren, führte dazu, daß das Präsidium des ZK der KPČ (auf seiner Sitzung am 12. Juli) beschloß, an der gemeinsamen Tagung nicht teilzunehmen. Bei einem geheimen Treffen Dubčeks mit Kádár am 13.7. warnte Kádár davor, die Teilnahme abzulehnen. Später bezeichnete er diesen Schritt als den "größten Fehler, den Dubček seit dem Januar begangen hat".<sup>38</sup> Das authentische Protokoll von der Tagung der "Fünf" am 14. und 17. Juli in Warschau steht der Kommission bisher noch nicht zur Verfügung.<sup>39</sup> Den Hauptsinn und das Ziel der Zusammenkunft macht der "Offene Brief von fünf

34 AK-D I/105-A-ZK KPČ-P 4592. Vorauswertung der Meinung der Delegierten des außerordentlichen XIV. Parteitags der KPČ, wonach Kolder, Švestka, Bilak, Rigo, Kapek u.a. nicht in die Parteiführung gewählt würden.

35 AK-A ZK KPČ D 1, Gespräch A. Dubčeks mit Breschnew. Nach dem gesamtstaatlichen Aktiv der Volksmilizen (die von den Sekretariaten der KPČ angeleitet wurden) am 19.6. hoffte Breschnew, diese Kraft bei der Intervention unterstützend einsetzen zu können. Im Verlauf des Juli siegten jedoch auch dort die Reformanhänger, und die Volksmilizen kamen den Interventen nicht zu Hilfe.

36 AK-Z-M-12.

37 AK-Z-M-15.

38 AK-Z-M-16.

39 Vieles ergibt sich aus dem oben zitierten geheimen Bericht von J. Kádár für das ungarische Politbüro, aber auch aus der Arbeit von Weit, E.: Dreizehn Jahre als Dolmetscher für die polnische Partei- und Staatsführung, Hamburg, 1970.

Kommunistischen und Arbeiterparteien an das Zentralkomitee der KPČ" deutlich.<sup>40</sup> Außerdem steht der Kommission das Stenogramm von Breschnews geheimer Rede auf der Sitzung des ZK der KPdSU am 17.7. zur Verfügung, die offenbar mit seiner Warschauer Rede identisch war. Dort war bereits die sog. "Breschnew-Doktrin" in ihrer Endfassung formuliert, d.h. mit dem Zusatz, daß "eine militärische Intervention im Falle der Bedrohung des sozialistischen Systems nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des betreffenden Landes zu betrachten ist". Breschnew legte darin auch das Schema des weiteren Vorgehens der "Fünf" gegenüber der Tschechoslowakei fest: Erstens: aus den sog. "gesunden Kräften" im ZK und im Präsidium des Zentralkomitees der KPČ eine konspirativ arbeitende "Initiativgruppe" bilden; zweitens: durch Vermittlung der sowjetischen Botschaft ihren Kontakt zu Moskau sichern; und drittens: mit ihr gemeinsam die militärische Intervention in der Tschechoslowakei vorbereiten. Dazu sollte es kommen "entweder nach der ersten Aufforderung durch die tschechoslowakischen Genossen" oder "falls ersichtlich ist, daß die Situation dieses Handeln erfordert und es für die tschechoslowakischen Genossen aus verschiedenen Gründen schwierig ist, sich an uns um Hilfe zu wenden".<sup>41</sup> Nach dieser Entscheidung, die in Warschau bereits einhellig getroffen wurde, folgte eine Reihe militärischer Maßnahmen. Der Einmarsch der Interventionstruppen sollte unter dem Decknamen "Donau" erfolgen, das Nachrücken der Nachschubeinheiten unter dem Decknamen "Němen" realisiert werden, die Tätigkeit der Luftwaffe und Luftverteidigung nach dem Plan "Himmelschild".<sup>42</sup> Die Gefechtsbereitschaft der Einheiten der ersten Welle war am 29. Juli erreicht, die vollständige Absicherung des Nachschubs in der ersten Augustdekade.<sup>43</sup>

Die politische Entscheidung über den Beginn der Intervention fiel jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit erst auf der Sitzung des sowjetischen Politbüros am 15. August. Ob der Beschluß einstimmig war, konnte von der Kommission nicht festgestellt werden.<sup>44</sup> Vieles deutet darauf hin, daß die Verhandlungen der sowjetischen und tschechoslowakischen Repräsentanten in Čierná und in Bratislava, die von der Weltöffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurden, für die sowjetische Führung de facto nur ein *Verschleierungsmanöver* waren, und der Zweck des Kommuniqués von Bratislava sollte ein darin befindlicher Satz sein, der die Intervention rechtfertigen könnte. Wichtig war dann die Forderung, die Breschnew in einem privaten Gespräch mit Dubček in Čierná äußerte, daß in der Leitung des tschechoslowakischen Rundfunks und Fernsehens grundlegende Personalveränderungen

40 Text s.: Das Jahr Achtundsechzig, Prag 1969, S. 236-241 (tschech.). Dort ist auch der Text der auf der Sitzung am 17.7. angenommenen Antwort des ZK der KPČ enthalten, die die Warschauer Anschuldigungen zurückweist (S. 243-251).

41 AK-Z-S/3-4 Itogi vstreči delegacij kommunističeskich i rabočich partij socialističeskich stran (Ergebnisse des Treffens der Delegationen der Kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder) S. 21-22.

42 Einzelheiten s. A. Benčík/J. Navrátil: Die Soldaten und der Prager Frühling, S. 48-54 (tschech.).

43 Pataky, s. Anm. 29, S. 69; ebenfalls Wencke, R.: Prager Frühling, Prager Herbst, Berlin 1990, S. 21.

44 Valenta, J.: Die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei 1968, Prag 1991, S. 123 (tschech.), führt auf Grund einer Meldung aus "Le Monde" vom 26.8.1969 an, daß sich auf dieser Sitzung Suslow, Kosygin und Ponomarjow gegen die Invasion geäußert haben sollen und dann in einem internen Brief des Politbüros, der für die Republiksorganisationen bestimmt war, kritisiert wurden, da sie "die Gefahr einer Konterrevolution in Prag unterschätzten".

vorgenommen werden müssen und daß an der Spitze des neugeschaffenen Ministeriums für Staatssicherheit J. Šalgovič stehen sollte. Dubček ging auf diese Forderung nicht ein.<sup>45</sup>

## Die Intervention und der darauf folgende Kompromiß

Für Breschnew war es wichtig, die Intervention legalisieren zu können, indem er sich auf eine *schriftliche Einladung* von tschechoslowakischen Funktionären berief. Wie V. Bilak in seinen Memoiren schließlich bekannte<sup>46</sup>, übergab er Breschnew am 3. August in Bratislava den verlangten "Einladungsbrief". Da Bilak diese Tatsache später abstritt und die tschechoslowakische Öffentlichkeit Beweise verlangte, die Kommission aber in den sowjetischen Archiven diese Beweise vergeblich suchte, bat sie den höchsten Repräsentanten um Hilfe. Auf Ersuchen von Präsident Havel und auf Befehl von B. Jelzin wurde der Kommission dieses Dokument in einer beglaubigten Kopie ausgehändigt, und überdies erhielten tschechoslowakische Gerichtssachverständige die Erlaubnis, das erforderliche Gutachten über die Richtigkeit der Unterschriften anzufertigen. Den Brief hatten unterschrieben: D. Kolder, O. Švestka, V. Bilak (Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPČ), A. Kapek (Kandidat des Präsidiums des ZK) und A. Indra (Sekretär des ZK). A. Kapek bestätigte die Einladung in einem persönlichen Brief.<sup>47</sup>

Für Breschnew war es notwendig, daß diese Gruppe auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPČ am 20. August die Mehrheit gewann. Sie sollte dann Dubček absetzen und in aller Eile eine neue Regierung ernennen. Botschafter Tscherwonenko und Botschaftsrat S. Prassolow informierten ab 16.8. fortlaufend über die Verhandlungen, die sie in dieser Richtung führten. In ihrem Bericht nach Moskau vom 17.8. nannten sie weitere neun Namen führender Repräsentanten, die bereit wären, die "Einladung" zu unterschreiben. Doch nur zwei von ihnen waren Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPČ (E. Rigo und F. Barbírek), wobei der Letztgenannte nachweislich auf der Seite von Dubček blieb. Breschnew beschloß also die Intervention, ohne genau zu wissen, ob der konservative Flügel eine hinreichende Mehrheit für die Verwirklichung des Umsturzes hatte.<sup>48</sup> Um so mehr baute er auf einen Putsch der Staatssicherheit, dessen Plan und Verlauf die Kommission nach den vorhandenen Quellen bis in die Einzelheiten rekonstruierte.<sup>49</sup> Nach dem Plan sollte die erste Sondereinsatzgruppe der Staatssicherheit am 20. August um 22.00 Uhr das Innenministerium besetzen und Minister J. Pavel sowie weitere 27 führende Funktionäre festnehmen, die der Dubček-Führung treu waren. Die zweite Einsatzgruppe sollte sich der Prager Zentrale der Staatssicherheit bemächtigen, Fernseh- und Rundfunksender besetzen und nach einer bereits vorliegenden Namensliste J. Pelikán, E. Goldstücker, V. Černý u.a. verhaften. Ferner sollte sie das Gebäude des ZK der KPČ besetzen und dort im Namen der neuen, von A. Indra geführten Regierung die Verhaftung der Mitglieder des Präsidiums des ZK vornehmen. Die dritte

45 Siehe: Dubček: Die Hoffnung, S. 180 (tschech.).

46 Bilak, V.: Memoiren, Prag 1991, Teil 2, S. 88.

47 AK-M-S-4-Jel-1-2.

48 AK-M-S-4-Jel.-9.

49 A-FMV-D-II-86-Sv. "Analyse des Leiters der Inspektion des Ministeriums des Innern Oberstleutnant K. Kutnohorský vom 7.10.1968, Anlagen und Protokolle".

Gruppe sollte die Reserve für den Schutz von Vertretern der konservativen Richtung bilden und den Zivilflugplatz Ruzně für die Landung einer sowjetischen Luftlandebrigade sichern. Die sowjetische Militärpolizei sollte dann - unabhängig von der von Šalgovič geleiteten Aktion - das Ministerium für Nationale Verteidigung aktionsunfähig machen.<sup>50</sup>

Der ganze Plan scheiterte jedoch. Der Bilak-Gruppe gelang es nicht, auf der Sitzung des Präsidiums der KPČ am 20.8. Dubček abzusetzen, und sie konnte auch nicht verhindern, daß mit sieben gegen vier Stimmen eine Stellungnahme angenommen wurde, die den Einzug von Truppen auf tschechoslowakisches Territorium verurteilte. Auch Präsident Svoboda lehnte Tscherwonkos Drängen ab, eine neue Regierung aus Männern der Bilak-Gruppe zu ernennen.<sup>51</sup> Den Verschwörern aus der Staatssicherheit gelang es nicht, die Massenmedien lahmzulegen. Diese konnten noch in der Nacht die Öffentlichkeit von dem Appell des Präsidiums des ZK der KPČ im Zusammenhang mit der Unrechtmäßigkeit der Intervention informieren, was den Zusammenbruch des Putsches bedeutete. Die Welle des unbewaffneten Widerstands der Bürger, die sich erhob, vereitelte den Plan der Okkupationstruppen, eine Zivilregierung zu bilden. Sie ermöglichte hingegen, unter dem Schutz der Fabriken in den Prager Vororten den XIV. Parteitag der KPČ abzuhalten. Dies alles zwang schließlich Moskau und die permanent tagenden "Fünf", das Szenarium zu ändern.<sup>52</sup> Aus den Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Delegation in Moskau ging das "Moskauer Protokoll" hervor, ein Kompromiß, der aber geheimgehalten werden sollte.<sup>53</sup> Die Geschichte der sieben Tage des tschechoslowakischen Widerstands ist im sog. Roten Buch dokumentiert, das das Institut für Geschichte der Tschechischen AdW schon Ende 1968 herausgab; seine Autoren hatten später unter polizeilichen Ermittlungen und Verfolgungen zu leiden.<sup>54</sup> Den Gesamtumfang der Dokumente zu beschreiben, die die Kommission über den Ablauf jener Tage gesammelt hat, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Beim Treffen der "Fünf" in Moskau am 21.8. um 10.00 Uhr faßte Breschnew die ganze Tragweite der politischen Niederlage, die die Intervention erlitt, zusammen.<sup>55</sup> Er sagte, es gäbe zwei Lösungen. Entweder einen Kompromiß, durch den die bisherigen tschechoslowakischen Repräsentanten anerkannt werden, oder "Einführung einer Militäradministration". Die "Fünf" kamen schließlich zu dem Schluß, daß die zweite Variante nicht nur unzweckmäßig, sondern auch international und politisch untragbar wäre.

Mit der Unterzeichnung des "Moskauer Protokolls" schloß das sowjetische Politbüro mit der tschechoslowakischen Führung einen Kompromiß, durch den es unter weiteren Zuge-

50 AK-A-R-511-L. Hofman.

51 AK-ROZ-L. Novák S. 3.

52 AK-Z-M-21, AK-Z-P-4, AK-Z-S/3 Jelzin 18.8.

53 Den russischen Text siehe AK-AZK KPČ -F-Svoboda, nicht eingeordnet, 3.9.1968. Den tschechischen Text siehe: Die Tschechoslowakei 1968 I, S. 201-204.

54 Neuauflage: Sieben Prager Tage 21.-27. August 1968, Prag 1990. Das Archiv der Kommission verfügt zu diesem Thema auch über die Berichte der Kreisbeauftragten. Ebenfalls: Die Slowakei in den Jahren 1967-1970, S. 185-362 (slowak.); Felcman, O./Volková, K.: Bericht über die Schäden, die der Tschechoslowakei durch die militärische Intervention zugefügt wurden (AK-ST-11). Über die Formen des Volkswiderstands schreiben J. Pecka und F. Cigánek in dem Sammelband Wandlungen des Prager Frühlings, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, Prag 1993.

55 AK-Z-P/3 "Protokoll des 2. Treffens, Moskau, 21.8., im Gebäude der KPdSU", S. 1-9 (tschech.).

ständnissen (die es nie einzuhalten beabsichtigte) Zeit gewann. Es rechnete damit, daß der Widerstand allmählich abflauen und sich Leerräume bilden würden, durch die Kollaboranten in führende Positionen eindringen könnten (Art. 7 des Protokolls). Es war der "klassische Fall eines ungleichen Abkommens, aufgezwungen durch Waffengewalt und Einschüchterung".<sup>56</sup>

## Das Ulbricht-Regime und der "Prager Frühling"

Zweifellos wurde über die Unterdrückung der tschechoslowakischen Reformen vor allem in Moskau entschieden. Immerhin erhielten die europäischen Satelliten während der Chruschtschow-Ära ein relatives Maß an Autonomie. Jugoslawien wahrte seine Unabhängigkeit, und ab März 1965 sprengte auch Ceauşescu viele Fesseln des Vasallentums. Nach dem November 1965 begab Ungarn sich auf den Weg einer Wirtschaftsreform, die sich nicht allzusehr von der sog. Šik-Reform in der Tschechoslowakei unterschied. Nach 1957 erzwang auch die polnische Führung unter Gomulka eine gewisse Eigenständigkeit in der Landwirtschafts-, Industrie- und Kulturpolitik. Nach Ansicht einiger polnischer Historiker hätte gerade Polen es vermocht, Moskau die Intervention in der Tschechoslowakei zu erschweren oder sie gar unmöglich zu machen.<sup>57</sup> Die polnische Führung entschied jedoch anders. Schon ab März setzte sie sich mit viel Initiative für die Intervention ein.<sup>58</sup> Die Motive für diese Haltung lagen, ähnlich wie bei Schiwkow in Bulgarien, im Inland. Beide brauchten Breschnews Unterstützung gegen die rasch zunehmende Opposition in der eigenen Partei und in Armeekreisen.

Ganz anders waren die Gründe, der zeitliche Verlauf, aber auch die Art und Weise der ablehnenden, ja feindlichen Reaktion auf den "Prager Frühling" bei Ulbrichts SED-Führung.<sup>59</sup> Auf Grund der Dokumente der tschechoslowakischen Diplomatie kann man eindeutig feststellen, daß die SED *schon seit 1963* die tschechoslowakische Entwicklung mit wachsender Besorgnis beobachtete. Damals erfolgte unter dem Druck der Kritik von unten die Rehabilitierung der sog. bürgerlichen Nationalisten, und tschechoslowakische Intellektuelle organisierten in Liblice bei Prag eine internationale wissenschaftliche Konferenz über das Werk von Franz Kafka. Dort wandten sich die Teilnehmer im Geiste der frühen Theorien von Marx zum Problem der Entfremdung zwischen Mensch und Institutionen zu, und sie betonten, daß dies auch in der Gegenwart in den Ländern des sowjetischen Blocks eine aktuelle Frage wäre. Ab 1965 stießen die Bemühungen um kulturelle Zusammenarbeit zwischen der ČSSR und der DDR zunehmend auf Behinderungen, und die Stasi begann, sich auf tschechoslowakischem Territorium ein eigenes Informationsnetz aufzubauen mit besonderer

56 A. Dubček, a.a.O., S. 211.

57 Mieroszewski, Julius: Konfrontacja w Pradze (Die Konfrontation in Prag - poln.), in: Kultura, Paris; ebenfalls Tych, Feliks: Polens Teilnahme an der Invasion in der Tschechoslowakei 1968, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 36/92, 28. August 1992, S. 21-22.

58 AK-Z-S-1 Warschau, Aristow, chiffriertes Telegramm nach Moskau; ebenfalls Prawda, Moskau, 18.2. 1991, "Es kam der August...", S. 6 (russ.). Botschafter Aristow meldet, daß Gomulka ihm am 17. April mitteilte, in der Tschechoslowakei ginge es "um den Umwandlungsprozeß in eine bürgerliche Republik, und unsere sofortige Intervention ist nach seiner Ansicht unumgänglich".

59 Ausführlicher s.: Prieß, Lutz/Wilke, Manfred: Die DDR und die Besetzung der Tschechoslowakei am 21. August 1968, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Anm. 55), S. 26-34.

Konzentration auf den Generationswechsel in der tschechoslowakischen Machtelite und auf die gärende Stimmung in der Studentenbewegung.<sup>60</sup> Bei den Verhandlungen mit Novotný im März 1967 beschwerte sich Ulbricht über "unakzeptables Verhalten tschechoslowakischer Künstler bei Aufhalten in der DDR"<sup>61</sup>, und diese von latenter Spannung getragene Haltung dauerte das ganze Jahr 1967 an. Dabei wirkte sich auch die Uneinigkeit in den Grundrichtungen der Wirtschaftspolitik aus. Während das Plenum der SED im Februar 1965 Maßnahmen zur Stärkung der zentralen Planung beschloß, setzte sich in der Tschechoslowakei eher die umgekehrte Orientierung auf finanzielle Stimulierung der Betriebe durch. In der bereits angedeuteten Auseinandersetzung zwischen Novotný und Šik stand Ulbrichts Regime auf Novotnýs Seite.

In dieser Situation nahm man die Nachricht vom Sturz Novotnýs in Berlin mit Bestürzung auf. Der Chef der tschechoslowakischen Botschaft, Jaroslav Kolář, wurde bereits am 7. Januar zu einer Unterredung mit Stoph und Ulbricht bestellt. Bevor Ulbricht erschien, "reagierte" Stoph "sachlich und wertete das Plenum positiv". Ulbricht, der etwas später kam, äußerte sich ausweichend und verurteilte O. Šiks Stellungnahme in der Diskussion des Dezemberplenums des ZK der KPČ. Er sagte, daß ihm die Linie der KPČ in dieser Situation nicht klar wäre, und betonte nochmals die Notwendigkeit, die tschechoslowakische Kultur durch die Zensur in die richtige Bahn zu lenken.<sup>62</sup> Sehr vorsichtig äußerten sich am Tag darauf Axen und Winzer, die in einem Gespräch mit Kolář besorgt davon sprachen, daß das westliche Nachrichtenwesen und Vertreter der Westberliner Handelskammer die tschechoslowakische Entwicklung sehr positiv beurteilten.<sup>63</sup> Bereits am 25. Januar übermittelte die Auslandsabteilung des ZK der SED den Mitgliedern und Kandidaten des ZK der SED eine streng geheime Information über die Entwicklung in der KPČ zwischen dem 30.10.1967 und dem 5.1.1968, die auf Protokollen der Tagungen des Präsidiums des ZK der KPČ beruhte, die auch in der Tschechoslowakei streng geheim waren.<sup>64</sup> In der Information wurde festgestellt, daß Novotnýs Abberufung nicht mit Breschnews Zustimmung, sondern auf Grund der kritischen und konfliktgeladenen Diskussion im ZK der KPČ erfolgt wäre, was eine Abweichung von der bisherigen Auffassung von der Rolle des Zentralkomitees darstellte.

Nach der Rückkehr von den Prager Feierlichkeiten zum Jahrestag des Februar und nach einem Gespräch Ulbrichts mit Breschnew trat in Berlin für eine gewisse Zeit Beruhigung ein,<sup>65</sup> die lediglich vom Protest des Winzer-Ministeriums gegen die Teilnahme des Goethe-Instituts an der Prager Ausstellung antifaschistischer Literatur gestört wurde.<sup>66</sup> Auf die Ereignisse Ende Februar/Anfang März, die wir bereits erwähnten, reagierte die Führung der SED nach Kolářs Aussage mit zwei internen Informationsschreiben an die Funktionäre der SED. Das erste war gegen "die westlichen Versuche, die Veränderungen in der Tschechoslo-

60 AK-Z-N-/2 STASI BSTU-00001-5 "Zur Lage unter der Jugend und den Studenten in der ČSSR", 7.4.1966.

61 AK-MZV-Chiffretelegramm Berlin-Prag (im folgenden nur ŠB) Nr. 560, 10.6.67.

62 Ebenda, ŠB 161 vom 8.1.68.

63 Ebenda, ŠB 238 vom 10.1. sowie ŠB 288 vom 11.1., wo auch Reimanns skeptische Haltung fixiert ist.

64 AK-Z-N/Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung(IfGA), Zentrales Parteiarhiv (künftig: IfGA-ZPA/IV-2/1/210).

65 AK ŠB 2043 vom 26.2.

66 Ebenda, 2453 vom 8.3.

wakei propagandistisch auszunutzen“, gerichtet, während das zweite, das Anfang März verschickt wurde, bereits die Behauptung enthielt, die KPCĀ verliere den Einfluß auf die Entwicklung der Ereignisse, die Rechte setze sich durch im Land und die Situation sei ähnlich wie in Ungarn vor dem November 1956. Jetzt rächt sich, so hieß es, daß die KPCĀ die Probleme nicht - wie die SED - rechtzeitig gelöst hat, und das hat eine hektische Diskussion entfacht, wobei die Gefahr droht, daß die Tschechoslowakei den rumänischen Weg einschlägt.<sup>67</sup> Am 11. März wurden im Fernsehen der DDR die ersten Nachrichten über die komplizierte Situation in der Tschechoslowakei verbreitet, und am nächsten Tag behauptete das "Neue Deutschland" in einem Artikel, daß in der tschechoslowakischen Presse Ansichten veröffentlicht werden, die im Widerspruch zur offiziellen Linie stehen, wie D. Kolder sie auf der Konferenz der Kreisorganisation Prag-Smíčov formulierte. In den folgenden Tagen brachte die Presse der DDR beunruhigende Berichte über Gedenkaktionen der Studenten am 7. März in Lány am Grab von Präsident T.G. Masaryk. Solche Berichte wurden vermischt mit alarmierenden Nachrichten über Studentendemonstrationen in Warschau. Nach Kolářs Wissen beunruhigten Ulbricht auch "unangenehme Fragen, die Bürger der DDR in der gegenwärtig stattfindenden allgemeinen Diskussion über den Verfassungsentwurf stellen".<sup>68</sup>

In dieser Situation drängte Ulbricht in Moskau auf Änderung des Programms, das für das angekündigte Treffen in Dresden geplant war, d.h. darauf, die tschechoslowakische Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Gleichzeitig gab er Weisung, die Presse der DDR sollte über die tschechoslowakischen Ereignisse nicht schreiben, und ostdeutsche Journalisten sollten ohne Einwilligung der SED nicht in die Tschechoslowakei reisen.<sup>69</sup> Von der Gereiztheit, die in bestimmten Kreisen der DDR herrschte, zeugt auch, daß Harry Ott in einem Gespräch mit dem tschechoslowakischen Amtskollegen sehr unwirsch auf Smrkovskýs Interview für das westdeutsche Fernsehen reagierte, in dem er die Veränderungen in der Tschechoslowakei als "inspirativ auch für die anderen sozialistischen Länder" bezeichnet hatte.<sup>70</sup> Smrkovskýs Interview wurde nach dem Dresdner Treffen zur Ursache eines weiteren Konflikts. Zum Abschluß der Philosophie-Konferenz in Berlin am 26. März bezeichnete K. Hager, Sekretär der SED, Smrkovskýs Worte als ein Vorgehen, das die Hoffnungen Westdeutschlands und der Springerpresse stärkt, die Tschechoslowakei in einen "Evolutionswirbel" hineinzuziehen, "der die sozialistischen Länder von innen her schwächt." Auf Weisung aus Prag wurde der tschechoslowakische Botschafter gleich am nächsten Tag mit einem offiziellen Protest bei Honecker vorstellig. Der versprach die redaktionelle Bearbeitung des Hagerschen Textes in der "Zeitschrift für Philosophie". Die Bearbeitung erfolgte tatsächlich, doch das Gespräch verlief in gespannter Atmosphäre und war auch insofern interessant, als Honecker vor der Föderalisierung der ČSSR warnte, denn "wenn die Tschechoslowakei die Frage der Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken definitiv löst, wird sich eine Welle von Forderungen nach Rückgabe der Sudeten erheben".<sup>71</sup>

Es ist verständlich, daß die SED-Führung die Ergebnisse des Aprilplenums des ZK der KPCĀ in dieser Situation mit Bestürzung aufnahm. Smrkovský, den sie so scharf kritisierte,

67 Ebenda, 2506 vom 11.3.

68 Ebenda, 2654, Gespräch zw. Kolář und Mittag am 14.3.

69 Ebenda, 2682 vom 15.3.

70 Ebenda, 2736 vom 18.3.

71 Ebenda, 3125 vom 27.3.

wurde in das Präsidium des ZK der KPČ gewählt, und das Plenum nahm das Aktionsprogramm an, das nicht nur die Föderalisierung akzeptierte und die Notwendigkeit verkündete, die zu Unrecht verfolgten Opfer aus den fünfziger Jahren zu rehabilitieren, sondern zugleich die Methoden der lebensfremden Nomenklaturherrschaft der Regierung verurteilte, die in der SED eine seit langem geübte Tradition waren. Bei dem eingehenden Studium dieser Dokumente und weiterer Informationen, die aus Prag kamen,<sup>72</sup> kristallisierten sich die Ansichten der SED-Führung heraus, die Ulbricht dann am 8. Mai auf der ersten Sitzung der fünf Interventionsländer in Moskau vertrat. Er meldete sich als erster nach Breschnew zu Wort<sup>73</sup>, und seine Ansprache war in vieler Hinsicht noch konservativer als die seines Vorredners. Er charakterisierte die gegenwärtige Situation in der Tschechoslowakei als konterrevolutionär, und als Beweis führte er den Verlauf des 1. Mai in Prag und die antisozialistische Orientierung aller Massenmedien in der Tschechoslowakei an. Mit einem an die sowjetische Führung gerichteten indirekten Vorwurf unterstrich Ulbricht, daß sich dieser Zustand "über lange Zeit, die letzten zehn Jahre hindurch vorbereitet" habe, wobei die SED "die ganze Zeit die tschechoslowakische Entwicklung verfolgt und daher weiß, wie weit es gekommen ist". In diesem Jahrzehnt hat sich, nach Ulbrichts Worten, auch die falsche Wirtschaftsreform von Šik entwickelt, mit der die Tschechoslowakei ihre Ökonomie aus dem RGW ausgrenzen will. Auch würden die Kontakte der tschechoslowakischen Intelligenz und besonders der Künstler mit dem Westen geduldet, wo ihnen die SPD den Weg ebnete. Dadurch konnte sich in der Tschechoslowakei "eine breite antisozialistische Front" herausbilden, "gegen die eine offensive Diskussion eröffnet werden muß". Die breite ideologische Offensive müsse weitergeführt werden, betonte Ulbricht, sogar im Widerspruch zu Breschnews Meinung, man müsse die Pressepolemik zurückstellen, bis das Manöver der Verbündeten beendet und die Ergebnisse des bevorstehenden Maiplenums des ZK der KPČ bekannt wären. "Wir in der DDR sind nicht gesonnen, das so lange hinzuziehen. Ich schlage vor, in Rundfunk, Fernsehen und bei den Schriftstellern die ideologische Gegenoffensive zu beginnen", wandte Ulbricht ein. "Man kann heute sagen, daß die Tschechoslowakei in gewissem Sinne nicht von Prag, sondern von Bonn gesteuert wird". Was die tschechoslowakische Intelligenz angeht, die "ist mit ganzer Seele im Westen, und dort gibt es niemanden, auf den sie sich stützen kann". Nach Ulbricht gab es zukünftig nur zwei mögliche Entwicklungen: Wenn die Internationalisten die Mehrheit im Politbüro erringen, ist alles in Ordnung. Bleiben sie in der Minderheit, "dann sollen die sozialistischen Länder, die an die Tschechoslowakei grenzen, gemeinsam zu ihrer Unterstützung antreten".<sup>74</sup> Also empfahl Ulbricht schon *im Mai*, das zu tun, worüber sich die "Fünf" erst zwei Monate später in Warschau einigten.

Zu der Zeit bereitete die SED ihre Funktionäre bereits auf einen noch wichtigeren Schritt vor. Kolár erfuhr in einem Gespräch mit dem ungarischen Amtskollegen Tömp am 28. April in Berlin, daß der Sekretär der SED in dem deutschen Werk Rafena anhand eines 17-seitigen Materials, das aus dem ZK der SED stammte, einige Mitglieder der USAP (Ungarische So-

72 Siehe Anm. 79 sowie IfGA-ZPA-Agitation-IV-A2/902/81 Zusammenkunft mit dem Genossen Karel Douděra vom 28.3.1968.

73 AK-Z-S-III-42 Sapis bessedy v CK KPSS s rukovoditeljami bratskich partij Bolgarii, Wengrii, Germanii, Polši 8. maja 1968 goda, (Protokoll des Gesprächs im ZK der KPdSU mit den Führern der Bruderparteien aus Bulgarien, Ungarn, Deutschland, Polen am 8. Mai 1968), T. 1., S. 18-24.

74 Ebenda, S. 24.

zialistische Arbeiterpartei), die dort in der Montage arbeiteten, darüber informierte, daß "die tschechoslowakische Arbeiterklasse mit bewaffneter Hilfe rechnen kann, falls sie diese braucht". Er forderte sie auf, nach ihrer Rückkehr nach Ungarn auch andere Organisationen der USAP mit dieser Stellungnahme vertraut zu machen.<sup>75</sup> Die Sommerzeit, die den enttäuschten Hoffnungen auf eine Wende in der politischen Führung der KPČ im Mai folgte, war dann von seiten der SED angefüllt mit Informations- und Spionagetätigkeit, ideologischer und natürlich auch militärischer Vorbereitung auf die Invasion in die Tschechoslowakei. Die Hauptargumentation der Propaganda folgte dem Geist der bereits erwähnten Rede Ulbrichts bei dem Moskauer Treffen. Honeckers Ausführungen am 8. Juni brachten ein neues Element ein. Er betonte, daß "die SED jede Diskussion über neue Modelle des Sozialismus ablehnt, die mit der parlamentarischen Demokratie verbunden sind", und daß "aus äußeren Gründen in allen Ländern des sowjetischen Blocks die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats weiterhin existiert".<sup>76</sup> Hinsichtlich der Aufklärungsarbeit liefern die Stasi-Archive Beweise dafür, daß diese Institution ab März 1968 ihre Nachrichtentätigkeit auf dem Gebiet der Tschechoslowakei intensivierte. Die Materialien sagen aus, daß die Stasi in zwei Wohnungen aktiver Anhänger des Prager Frühlings (Dr. B. Švarc und Dr. A. Šnejdárk) offensichtlich Abhöranlagen installiert hatte, über die sie laufend die Meinungen zu aktuellen und theoretischen Fragen für die monatlichen zusammenfassenden Berichte im März, April und Juli auswerten konnte.<sup>77</sup> Ausführlicher ist der Bericht der Aufklärung der DDR von Ende Juni 1968, der auch ein Spektrum der Ansichten von Mitarbeitern des Apparats der KPČ auf Kreis-, Bezirks- und in einigen Fällen auf zentraler Ebene sowie aus intellektuellen Kreisen umfaßt.<sup>78</sup> Dieser Bericht auf hohem professionellem Niveau informiert über die Entwicklung der Ansichten im Partei- und Staatsapparat in der Zeit der Vorbereitung des außerordentlichen Parteitags, erfaßt Meinungen zur Föderalisierung und Demokratisierung sowie zu möglichen Veränderungen in der Außenpolitik und bewertet die Situation in wichtigen gesellschaftlichen Organisationen, besonders in den Gewerkschaften. Es ist ein beschreibender Bericht ohne ein Wort über die fortschreitende Konterrevolution in der Tschechoslowakei. Andererseits läßt er bestimmte Tendenzen unerwähnt, z.B. die wachsende Popularität der KPČ. Er wurde nur in acht Exemplaren angefertigt, die die führenden Repräsentanten erhielten. Diese waren also über den Verlauf der tschechoslowakischen Reformen relativ objektiv informiert - oder konnten es sein. Das änderte jedoch nichts an ihrer vollen Unterstützung sowohl für den "Warschauer Brief" vom 15. Juli wie für die Vorbereitungen der militärischen Intervention, die auch auf dem Gebiet der DDR nach dem Plan "Donau" erfolgten.

Die definitive Entscheidung der SED über die Notwendigkeit der militärischen Invasion fiel noch vor dem Treffen in Bratislava und vor dem Beschluß des Moskauer Politbüros vom

---

75 AK-ŠB Nr. 5145, 29.5.

76 Ebenda, Nr. 5508, 10.6.

77 AK-Z-M-STASI/5407 "Hinweise und Fakten zum Vorgehen führender revisionistischer Kreise in der KPČ".

78 Ebenda, 4724, "Bericht über Meinungsäußerungen aus Kreisen vorwiegend mittlerer leitender KPČ-Funktionäre sowie aus Kreisen der Intelligenz der ČSSR zur Entwicklung in der ČSSR." S. auch AK-Z-IFGA-ZPA-Agitation IV.A 2/902/83, besonders den ausführlichen Bericht über die Stadtparteikonferenz der KPČ vom 5.-7.VII. in Prag.

15. August, nämlich auf der Sitzung des Politbüro (PB) der SED am 30. Juli.<sup>79</sup> Ulbricht erstattete zunächst Bericht über die neueste Entwicklung in der Tschechoslowakei und informierte darüber, wie die Erläuterung der tschechoslowakischen Situation in den Grundorganisationen der SED verläuft. Danach hatten bereits 75 Prozent der Parteiorganisationen die Situation erörtert. In dem Bericht wurde darauf verwiesen, daß besonders in den Grenzgebieten mit der Tschechoslowakei - vor allem unter der Jugend und der Intelligenz - Ansichten auftraten wie, "man müßte darüber nachdenken, was man von dem tschechoslowakischen Beispiel in der DDR anwenden könnte", und es wäre notwendig, "den Weg zu größerer Freiheit und Demokratie zu beschreiten". Diese Ansichten waren - nach dem darauf folgenden Beschluß des PB der SED - zu widerlegen und "nötigenfalls die entsprechenden administrativen Unterdrückungsmaßnahmen zu treffen". Auf Grund dieser Analyse ersuchte das Politbüro den sowjetischen Botschafter in der DDR, Abrassimow, Breschnew zu übermitteln, daß "das PB der SED es für unerlässlich hält, *kollektiv und mit allen erreichbaren Mitteln die reaktionären und konterrevolutionären Kräfte in der Tschechoslowakei zu unterdrücken*", ferner "die Fehler des früheren und des gegenwärtigen ZK der KPC zu entlarven" und schließlich "gemeinsam ein Programm auszuarbeiten, um die Fehler zu korrigieren, die in der Tschechoslowakei begangen wurden, und die Verhältnisse durch Umgestaltungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur usw. zu verbessern" (H.v.m. - V.M.).

Der erste Punkt dieser Forderungen überrascht nicht. Der zweite und dritte sind von größerer Bedeutung, denn hier ging die Führung der SED wieder *einen Schritt weiter* als Breschnews Politbüro. Hier sind bereits die Grundzüge und Ziele des nächsten - zwanzig Jahre andauernden - Zeitraums, der sog. "Normalisierung", angedeutet, die die tschechoslowakische Geschichte in folgenschwerer und bis heute spürbarer Art und Weise deformierte. Es läßt sich ebenfalls nachweisen, daß Ulbricht hartnäckig versuchte, alle oben genannten Forderungen auch bei den Moskauer Verhandlungen der "Fünf" am 18., 21. und 25. August durchzusetzen.<sup>80</sup> Unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge muß man auch den Sinn und die Bedeutung der Verhandlungen von Delegationen der ČSSR und der DDR am 11.8. in Karlový Vary einschätzen. Zweck war vor allem, den Druck auf Dubček zu verstärken, damit er Breschnews Version des "Abkommens von Čierná und Bratislava" akzeptierte und durchsetzte. Am Tag vor der Abreise besuchte Abrassimow auf Weisung von Breschnew Ulbricht und übermittelte dessen Bitte, in dieser Angelegenheit Druck auf Dubček auszuüben. Ulbricht versprach es zwar, betonte aber, daß er sich über die "Ergebnisse des bevorstehenden Treffens keine Illusionen macht", insbesondere deswegen, weil "die Situation in der ČSSR hoffnungslos geworden ist, denn soeben wurde der revisionistische Entwurf der Statuten der KPC veröffentlicht, der die Fraktionstätigkeit zuläßt".<sup>81</sup> Die Zusammenkunft in Karlový Vary verlief ohne deutlich spürbaren Druck von seiten Ulbrichts auf Dubček.<sup>82</sup> Davon, daß sich die Führung der SED tatsächlich "keine Illusionen" machte, zeugt ihr Beschluß,

79 AK-Z-S/1-42 Chiffriertes Telegramm aus Berlin. P. Abrassimow, 1.8.1968, der einen Bericht über die Sitzung nach Moskau sandte. Die weiteren Zitate sind Abrassimows Text entnommen und betreffen sein Urteil über das PB der SED in dieser Meldung.

80 AK-Z-P/2 Archivum Akt Nowych S. 10-13 Ulbricht. Ebenfalls tschechisch "Lidové Noviny" (Volkszeitung), Prag, S. 11-14 vom 8.2.1991.

81 AK-Z-S/1 chiffriertes Telegramm aus Berlin nach Moskau, 11.8.68.

82 Siehe "Die Hoffnung...", S. 183 (tschech.).

Rundfunksendungen in Tschechisch und Slowakisch vorzubereiten, die nach Beginn der Invasion viermal täglich vom Gebiet der DDR aus gesendet werden sollten. Auf Beschluß des Politbüros des ZK der SED sollte eine elfköpfige Gruppe von Redakteuren mit H. Herzberger an der Spitze die Sendungen betreuen. Die Gruppe sollte vom 23. Juli an sendebereit sein. Gesendet wurde nach dem 21. August auf der Frequenz der Station Altenheim. Die Sendungen fanden jedoch bei den tschechoslowakischen Bürgern nicht das erwartete Echo, so daß sie auf Beschluß des Sekretärs des ZK der SED, Lamberz, am 4. September eingestellt wurden.<sup>83</sup>

Hinsichtlich der eigentlichen militärischen Invasion in die Tschechoslowakei bestätigt die Untersuchung der Kommission voll und ganz die Schlußfolgerungen des Buchs von R. Wencke<sup>84</sup>, das ebenso wie die Berichte der Beauftragten der Kommission aus dem Bezirk Nordböhmen bestätigt, daß - abgesehen von Verbindungsoffizieren - Einheiten der DDR das Territorium der Republik nicht betreten haben.<sup>85</sup> Protestäußerungen von Bürgern der DDR gegen die Militärintervention lassen sich in bedeutender Anzahl belegen. Nach Informationen der tschechoslowakischen Vertretung in Berlin wurden alle ihre Gebäude von Polizei bewacht, und gegen die Familienangehörigen der deutschen Angestellten wurden von Stasiorganen Ermittlungen angestellt. Trotz des nicht geringen Risikos kamen zum Gebäude der Botschaft "Dutzende von Delegationen, besonders aus der Jugend, aber auch ganze Familien mit Kindern, die Blumen und Resolutionen zur Unterstützung der ČSSR brachten".<sup>86</sup> Daß diese Handlungsweise riskant war, bestätigen Dokumente, die die Kommission aus dem Archiv der SED erhielt. Danach verzeichneten die Polizeiorgane im Zeitraum vom 22.8.-4.9. 1802 "staatsfeindliche Straftaten", die mit den Ereignissen in der ČSSR zusammenhängen. Es kam zu 468 Verhaftungen und zur Aufnahme von 949 Ermittlungsverfahren, von denen 479 den Organen des MfS übergeben wurden. Die meisten dieser Fälle gab es im Bezirk Karl-Marx-Stadt (242) und in Berlin (282).<sup>87</sup> Von Tausenden ostdeutscher Touristen in der Tschechoslowakei ist bekannt, daß sie Unterstützung für die demokratischen Veränderungen bekundeten. Man kann sagen, daß es zu einem beeindruckenden Aufschwung der ostdeutschen Bürger kam, dem ein wichtiger Platz in der Geschichte der antitotalitären Bewegung zwischen März 1953 und Ende 1989 zukommt, als die Berliner Mauer fiel.

Die Sympathien der ostdeutschen und westdeutschen Bürger für den "Prager Frühling" und die Verurteilung der Invasion im August 1968 sind bis heute im Gedächtnis der tschechischen Bevölkerung und tragen zur Annäherung beider Völker bei.

*Aus dem Tschechischen übersetzt von M. Bailleu (Potsdam)*

83 AK-Z-N-IFGA-ZPA-IV-A-2/52 Abt. Transport und Nachrichtenwesen.

84 S. Anm. 43.

85 AK-ZM-Liberec, Ústí n/Labem, Česká Lípa.

86 AK ŠB-7835 vom 21.8.

87 AK-Z-N1-IFGA-ZPA S. 86. "Statistische Zusammenstellung über Vorkommnisse vom 22.8.-4.9.1968".